

---

## Hintergrund zu: Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)<sup>1</sup>

---

### Eckdaten des Bundeswehrmandats

- MINUSMA ist eine von den Vereinten Nationen (VN) geführte Stabilisierungsmission in **Mali**.
- Seit Juli 2013 hat die Bundeswehr im Rahmen von MINUSMA insbesondere den **Auftrag, das Friedensabkommen und die Aussöhnung in Mali zu unterstützen sowie die Zivilbevölkerung und das VN-Personal zu schützen**.
- **Völkerrechtliche Grundlage** des Einsatzes sind die Resolution 2100 (2013) sowie die Folgeresolutionen, zuletzt 2423 (2018), des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
- Die deutsche Beteiligung erfolgt damit entsprechend des Grundgesetzes im Rahmen **eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit**.
- Die deutsche Beteiligung an MINUSMA erfolgt vorrangig innerhalb Malis. 2018 wurde die **Personalobergrenze** letztmalig auf **1.100 Soldat\*innen** erhöht. Zurzeit sind **925 Soldat\*innen** im Rahmen von MINUSMA in Mali.

### Veränderungen zum letzten Bundeswehrmandat

Das Mandat ist in den wesentlichen Punkten unverändert. Allerdings wurde ein weiterer Punkt zum Auftrag hinzugefügt: Unterstützung bei der Wiederherstellung der staatlichen Autorität in Zentralmali.

### Hintergrund zum Konflikt

- Im Jahr 2012 stabilisierte sich im Norden Malis die Herrschaft von Gruppierungen der **Tuareg** und verschiedener **dschihadistischer Gruppen**. Bei einem **Putsch** von Teilen des malischen Militärs wurde der Staatschef Amadou Toumani Touré gestürzt.
- Anfang 2013 griffen die Rebellengruppierungen auch südliche Städte Malis an. Auf Bitten der malischen Regierung und auf Grundlage der entsprechenden VN-Resolutionen intervenierte **Frankreich** militärisch und drängte die Angreifer zurück. 2013 wurden MINUSMA und die europäische Ausbildungs- und Trainingsmission EUTM Mali eingerichtet.
- Im Mai und Juni 2015 unterzeichneten die malische Zentralregierung und die zentralen Rebellenorganisationen das **Friedensabkommen von Algier**. Bestimmte Gruppen, insbesondere radikal-islamistische Gruppierungen, waren bei den Verhandlungen nicht vertreten. Trotz einiger **Fortschritte** (funktionierende Mediation durch MINUSMA, gemeinsame Patrouillen, Präsidentschaftswahlen, Auftakt Versöhnungsprozess durch nationale Konferenz, Einsetzung von Übergangsverwaltung und Besetzung von Gouverneursposten im Norden) verläuft die Umsetzung des Abkommens sehr schleppend.
- Ein im Oktober 2018 zwischen MINUSMA und der malischen Regierung beschlossener **„Pakt für den Frieden“** soll die Umsetzung des Friedensvertrages beschleunigen. Die Umsetzung des Friedensabkommens ist von zentraler Bedeutung für die Frage, ob es in Mali eine Chance auf Stabilität und Frieden gibt.

---

<sup>1</sup> Dieses Papier ist eine kurze aussagekräftige Übersicht zum Auslandseinsatz. Für Nachfragen könnt ihr euch /können Sie sich gerne an mein Team wenden. Weitere Informationen zur Lage in Mali finden Sie / findet ihr hier <http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/19/070/1907038.pdf>

**Aktuelles**

- Die Missionen in Mali kann man nicht über Einzelereignisse bewerten. Terroristische komplexe Angriffe wie der auf das Camp der Mission EUTM Mali am 24.02.2019 im Süden haben jedoch eine neue Dimension und zeigen die weiterhin sehr schlechte **Sicherheitslage**.
- Regelmäßig kommt es zu **Angriffen und Attentaten auf die Blauhelme und die malischen Streitkräfte**, 191<sup>2</sup> Angehörige der Mission sind seit 2013 getötet worden. Zudem verüben im Norden und im Zentrum von Mali immer wieder islamistische Milizen Anschläge auf die Zivilbevölkerung. Terroristische Gruppierungen versuchen aus Zentralmali heraus ihren Einflussbereich nach Süden auszudehnen.
- **Ressourcenkonflikte** zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen sorgen immer wieder für **zivile Opfer**. Bei Konflikten um Wasser und Land kommt es regelmäßig zu Gewalt zwischen nomadisch lebenden Viehhirten und sesshaften Ackerbauern.
- Am 23.03.2019 wurden bei einem **Überfall auf ein Dorf in Zentralmali** an der Grenze zu Burkina Faso nach VN-Angaben **134 Menschen getötet**. Der Vorfall zwischen den Ethnien der Fulbe und der Dogon zeigt, dass sich der Konflikt mit den Dschihadisten auf das Zusammenleben der verschiedenen Gruppen in Mali auswirkt und es den malischen Sicherheitskräften bisher nicht gelingt, flächendeckend für Sicherheit und den Schutz der Menschen zu sorgen.
- Zudem werden der **malischen Armee** mehrere **Angriffe auf unbewaffnete Zivilisten** vorgeworfen. Ein VN-Bericht dokumentiert die Tötung von zwölf Zivilisten auf einem Viehmarkt sowie eine mutmaßliche **Massenhinrichtung** von 44 Menschen und gefundene Massengräber. Die Regierung in Bamako leitete daraufhin Untersuchungen ein, diese blieben aber soweit bekannt für mutmaßlich beteiligte Soldaten bislang folgenlos.
- Amtsinhaber Ibrahim Boubacar Keita (IBK) ging als Favorit in die **Präsidentenwahl 2018**. Er gewann die **Stichwahl im August 2018** deutlich mit 76,2 Prozent, obwohl er die in ihn gesetzten Hoffnungen hinsichtlich Sicherheit und wirtschaftlicher Perspektiven für die junge malische Bevölkerung nicht erfüllte. Während beider Wahlgänge kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. 871 von 23.000 Wahlbüros bleiben aus Sicherheitsgründen im ersten Wahlgang geschlossen, im Norden wurde ein Wahllokal von Angreifern gestürmt und der dortige Wahlleiter erschossen.
- **Für den Friedensprozess hat die malische Regierung weitere Schritte angekündigt:** Im November 2018 begann die Integration ehemaliger Kämpfer in die Armee. Die bisher verschleppte Reform des Sicherheitssektors soll beschleunigt werden. Dezentralisierung und administrative Neugliederung sollen angegangen werden.
- Die **humanitäre Lage** ist weiterhin sehr ernst. 120.000 Menschen sind innerhalb Malis vor allem wegen ethnischer Konflikte vertrieben worden. 135.000 Geflüchtete leben immer noch in den Nachbarländern Malis. Insgesamt sind **3,2 Millionen Menschen** in Mali **auf humanitäre Hilfe angewiesen**.
- Von März 2017 bis Mitte 2018 stellte die Bundeswehr Transporthubschrauber NH90, ausgestattet für medizinische Evakuierung (MedEvac), und Tiger-Unterstützungshubschrauber für die Aufrechterhaltung der Rettungskette für Verwundete, zur Begleitung und zum Schutz von Konvois. Im Juli 2017 starben zwei Bundeswehrsoldaten bei einem **Absturz eines Tiger-Unterstützungshubschraubers**. Im Verteidigungsausschuss wurde die Aufklärung des Absturzes intensiv begleitet. Als Ursache benennt der Abschlussbericht eine fehlerhafte Einstellung der Flugsteuerung durch die betreuende Industrie. Gegenwärtig stellen Kanada und El Salvador die Hubschrauber.

<sup>2</sup> <https://peacekeeping.un.org/en/mission/minusma>

**Analyse & Bewertung**

- Die VN-Friedensmission in Mali und die deutsche Beteiligung an MINUSMA leistet einen sehr **wichtigen Beitrag zur Stabilisierung, Überwachung und Stärkung des Friedensprozesses**, schützt die **Zivilbevölkerung und unterstützt politische Reformen**.
- Ohne MINUSMA hätte es kein Friedensabkommen gegeben und die Zivilbevölkerung wäre weiterhin größeren Risiken ausgesetzt, **allerdings sind die bisherigen Ergebnisse des Friedensprozesses in der Summe ernüchternd**. Es kam nicht zu der erhofften schnellen Umsetzung des Friedensabkommens. Wenigen Fortschritten stehen erhebliche Probleme und oft monatelanger quälender Stillstand gegenüber. Viele Ziele der Friedensmission und des Friedensprozesses konnten bisher nicht erreicht werden, da mehrere Gruppen den Friedensprozess verschleppen und auch hintertreiben.
- Eine Friedensmission kann nur so wirksam sein, wie es die Unterstützung der beteiligten Nationen ermöglicht. Gerade die **Verfügbarkeit von Hochwertfähigkeiten** wie Aufklärung oder von Hubschraubern (von 2017-2018 durch die Bundeswehr gestellt), ist für eine operationsfähige und erfolgreiche Mission von elementarer Bedeutung.
- Seit dem Einsatzbeginn ist es der malischen Regierung nicht gelungen, für mehr landesweite Sicherheit zu sorgen. Das **Engagement für den Friedensprozess ist nicht ausreichend**. Die malische Regierung darf sich nicht in einem durch die VN-Mission abgesicherten Status quo einrichten. **Den jüngsten Worten der malischen Regierung zu Fortschritten im Friedensprozess müssen Taten folgen**. Insgesamt ist es von hoher Bedeutung, dass MINUSMA und die internationale Gemeinschaft in Zukunft noch **stärker Fortschritte im Friedens- und Versöhnungsprozess von allen Beteiligten einfordern**.
- Für ein erfolgreiches Engagement bedarf es eines **stimmigen Gesamtkonzeptes**, das die verschiedenen Bemühungen der zahlreichen Akteure in den Bereichen Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte und Staatsaufbau, effektiv aufeinander abstimmt und koordiniert.
- Die **Ursachen für Gewalt in Mali sind vielschichtig** und müssen spezifisch adressiert werden. Neben Unabhängigkeitsbestrebungen und **Dschihadismus** sorgen **organisierte Kriminalität, ökonomische Rivalitäten zwischen verschiedenen Gruppen und der historisch schwelende Nord-Süd-Konflikt** immer wieder für Spannungen. In Zentralmali nutzen Dschihadisten die Konflikte zwischen Nomaden und sesshaften Bauern für ihre Zwecke aus und destabilisieren die Region. Die malische Regierung muss über eine gerechte wirtschaftliche und politische Teilhabe dringend dafür sorgen, dass sich **solche Spannungen** im Land nicht weiter verfestigen oder vertiefen.
- **Mali braucht funktionierende Sicherheitskräfte, die die Bevölkerung schützen und Sicherheit garantieren**. Massaker durch die malische Armee und mangelnde Strafverfolgung wecken jedoch ernste Zweifel daran, ob die gegenwärtigen Sicherheitsinstitutionen und ihre politische Führung eine positive Entwicklung garantieren können. Fortschritte in der **Reform des Sicherheitssektors** sind dringend geboten.
- Die massive Unterstützung der gemeinsamen militärischen Eingreiftruppe der G5-Sahel-Staaten (Niger, Burkina Faso, Mali, Mauretanien und Tschad) ist eine riskante und falsche Strategie.
- Deutsche und europäische Politik gegenüber Mali muss einen viel **stärkeren Fokus auf den zivilen Bereich** legen. MINUSMA kann nur den Rahmen für den notwendigen staatlichen Aussöhnungsprozess setzen, der international mehr unterstützt, aber auch von allen Seiten eingefordert werden muss. Eine stärkere Beitrag zur zivilen und polizeilichen Komponente von MINUSMA (Deutschland stellt aktuell 12 Polizist\*innen) wäre ein wichtiger Schritt.

- In der parlamentarischen Beratung werden wir Grüne auf eine Überprüfung des bisherigen Mandats im Lichte der jüngsten Entwicklungen drängen. Ein solcher Einsatz kann nicht nur mit Blick auf die vergangenen Erfolge begründet werden, sondern es braucht Fortschritte und eine Erfolgsperspektive.
- MINSUMA und die Vereinten Nationen sind die zentralen Akteure in Mali, die immer wieder die Konfliktparteien an den Tisch zurückrufen, die vermitteln und überwachen, wer Vereinbarungen einhält und wer nicht. **Die Bundeswehr leistet dazu einen extrem wichtigen Beitrag.** Die Bundesregierung muss die Situation realistisch einschätzen und das von der malischen Regierung erneuerte Bekenntnis zum Friedensprozess nutzen, um von allen Akteuren ein hohes Tempo bei weiteren Reformen und Fortschritte im Friedensprozess einzufordern.



Wikimedia Commons